

# **VDL-BUNDESVERBAND**

## **Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt e.V.**

Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin

Telefon: 030-31904-585, Telefax: 030-31904-588, E-Mail: info@vdl.de

## **SATZUNG**

**VDL-Bundesverband  
Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt e.V.**

von der Mitgliederversammlung verabschiedet am 26. Oktober 2020

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg,  
VR 26220B

---

### **§ 1 NAME UND SITZ DES VERBANDES**

- (1) Der Verband trägt den Namen VDL-Bundesverband - Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt e.V.
- (2) Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

### **§ 2 ZWECK DES VERBANDES**

- (1) Der Verband ist der berufsständische Zusammenschluss derjenigen, die ein Studium im grünen Bereich, v.a. der Agrarwissenschaften, der Ernährungswissenschaften, der Landespflege, der Umweltwissenschaften, des Gartenbaus, der Landschaftsarchitektur, des Weinbaus, der Forstwissenschaften oder verwandter Disziplinen abgeschlossen haben, sich noch im Studium befinden oder auf Grund einer vergleichbaren beruflichen Tätigkeit an der Arbeit des Verbandes interessiert sind.

(2) Der Verband hat die Aufgabe,

1. die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen,
2. Wissenschaft, Forschung und Lehre in den in §2 (1) genannten Gebieten oder verwandten Disziplinen zu fördern und in der Öffentlichkeit zu vertreten.

(3) Zur Erfüllung dieser Aufgabe führen der Verband und seine Mitgliederverbände wissenschaftliche Vortragsveranstaltungen und öffentliche Anhörungen durch und setzen sich insbesondere ein für

1. die beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange der Mitglieder;
2. die Beratung der Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen;
3. die Förderung der Aus- und Fortbildung der Mitglieder und Studierenden;
4. die Pflege des kollegialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts der Mitglieder;
5. die Darstellung der vielfältigen Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten der Mitglieder in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Beratung, Schule, Planung, Umweltschutz, Entwicklungshilfe und sonstigen Bereichen der Gesellschaft;
6. das Ansehen des Berufsstandes in der Öffentlichkeit.

(4) Der Verband pflegt

1. die Zusammenarbeit mit entsprechenden Vereinigungen des In- und Auslandes;
2. die Verbindung zu wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsstätten des In- und Auslandes.

(5) Der Verband betätigt sich weder parteipolitisch noch verfolgt er erwerbs- oder eigenwirtschaftliche Zwecke; soweit sich im Rahmen seiner Verbandsarbeit wirtschaftliche Tätigkeiten ergeben, können diese durch eine Wirtschaftseinheit ausgeführt werden.

### **§ 3 MITGLIEDSCHAFT**

(1) Ordentliche Mitglieder des Verbandes können sein:

1. Verbände und Vereine, deren Mitglieder die in § 2 (1) aufgeführten Voraussetzungen ganz oder teilweise erfüllen und bei denen selbst der satzungsgemäße Zweck in Übereinstimmung mit dem Zweck des Verbandes gemäß § 2 steht (Mitgliedsverbände);
2. Natürliche Personen, die die Voraussetzungen nach § 2 (1) erfüllen, jedoch nicht Mitglied eines Verbandes oder Vereins im Sinne von § 3 (1) 1. sind, weil es keinen für ihren inländischen Wohnsitz regional zuständigen Verband oder Verein im Sinne von § 3 (1) 1. gibt, dem sie bei dessen Vorhandensein angehören könnten;
3. Natürliche Personen, die die Voraussetzungen von § 2 (1) erfüllen, jedoch ihren Wohnsitz nicht im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland haben (auswärtige Mitglieder), bis sie wieder Mitglied des für sie zuständigen Mitgliederverbands oder -vereins sind.

- (2) Fördernde Mitglieder des Verbandes können sein: natürliche und juristische Personen, die sich mit den Aufgaben und Zielen des Verbandes und der beruflichen Tätigkeit seiner Mitglieder verbunden fühlen und den Verband unterstützen.
- (3) Der Antrag auf Mitgliedschaft ist schriftlich an den Vorstand zu richten. Über den Aufnahmeantrag natürlicher Personen und fördernder Mitglieder entscheidet der Vorstand. Über den Aufnahmeantrag juristischer Personen – mit Ausnahme fördernder Mitglieder - entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes.
- (4) Verlegt ein dem Bundesverband als natürliche Person angehöriges Mitglied seinen Wohnsitz in den Bereich eines Mitgliedsverbandes des VDL, so kann der VDL-Bundesverband, den Erwerb der Mitgliedschaft dieser Person, bei dem zuständigen Mitgliedsverband beantragen. Mit dem Zeitpunkt der Mitgliedschaft im Landesverband erlischt die Mitgliedschaft beim VDL-Bundesverband.

#### **§ 4 BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT**

(1) Die Mitgliedschaft erlischt

1. bei Mitgliedsverbänden und fördernden Mitgliedern, die juristische Personen sind, durch Auflösung;
2. bei den Mitgliedern, die natürliche Personen sind, durch Tod;
3. durch Austritt;
4. durch Ausschluss.

(2) Der Austritt muss bei Mitgliedsverbänden und fördernden Mitgliedern durch eingeschriebenen Brief dem Vorstand gegenüber erklärt werden, von natürlichen Personen, die Mitglied sind, in schriftlicher Form. Die Kündigung kann nur zum Jahresende unter Wahrung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten ausgesprochen werden.

(3) Der Ausschluss ist zulässig, wenn ein Mitglied in gröblicher Weise gegen die Satzung verstoßen hat oder satzungsgemäß gefassten Beschlüssen trotz schriftlicher Aufforderung nicht Folge leistet. Über den Ausschluss entscheidet die Mitgliederversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit auf Vorschlag des Vorstandes, über den Ausschluss fördernder Mitglieder der Vorstand.

(4) Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Mitgliedschaftsrechte und Ansprüche des ausgeschiedenen Mitglieds; es erhält keine Abfindung aus dem Verbandsvermögen.

#### **§ 5 RECHTE DER MITGLIEDER**

Alle Mitglieder haben das Recht

- (1) die Einrichtungen des Verbandes entsprechend der Satzung und den Beschlüssen der Organe des Verbandes in Anspruch zu nehmen;
- (2) nach Maßgabe der Satzung ihre Stimme abzugeben;

(3) Anträge an die Organe des Verbandes zu richten;

## **§ 6 GREMIEN**

(1) Zur Wahrnehmung der sozialen, fachlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Mitglieder des Verbandes kann die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes Bundessparten, Bundesfachgruppen und sonstige Gremien einrichten. In Bundesländern, in den es keinen Mitgliedsverband des VDL im Sinne von § 3 (1) 1. gibt, kann der VDL-Bundesverband Landesgruppen einrichten.

(2) Die Bildung von Gremien gem. § 6 (1) und ihre Auflösung wird durch die Mitgliederversammlung beschlossen. Sparten und Fachgruppen sind in der Regel den Mitgliedern des Verbandes und Mitgliedern seiner Mitgliedsverbände vorbehalten. Der Vorstand kann auch qualifizierte Personen, die nicht Verbandsmitglieder sind, um die Mitwirkung ersuchen.

(3) Im Rahmen der Satzung des Verbandes geben sich die Gremien gem. § 6 (1) eine Geschäftsordnung.

Diese bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Vorstandes. Sparten, Landes- und Fachgruppen bestimmen ihre Vorsitzende/ihren Vorsitzenden, die/der Mitglieder des VDL-Bundesverbandes oder eines seiner Mitgliedsverbände sein muss, aus ihrer Mitte. Landesgruppen sind ein unselbstständiges Gremium/unselbständiger Teil des VDL-Bundesverbandes. Sie führen die Bezeichnung:

VDL-Landesgruppe.....

Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt

ergänzt um die regionale Bezeichnung.

Landesgruppen verweisen im Untertitel auf ihre rechtliche Zugehörigkeit zum VDL-Bundesverband.

## **§ 7 PFLICHTEN DER MITGLIEDER**

(1) Die Mitgliedsverbände bestimmen ihren rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Status selbst. Sie sollten die Bezeichnung führen:

VDL-Landesverband.....

Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt

ergänzt um die regionale Bezeichnung.

(2) Mitgliedsverbände, die nicht Landesverbände sind, führen ihre bisherige Verbandsbezeichnung fort und verweisen im Untertitel oder in der Satzung auf die Zugehörigkeit.

- (3) Die Mitglieder des Verbandes erkennen die von seinen Organen satzungsgemäß gefassten Beschlüsse an und sind verpflichtet, sie durchzuführen und den Verband bei der Bearbeitung aller Angelegenheiten, die von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung sind, zu beteiligen.

## **§ 8 BEITRAGSPFLICHT**

Der Verband erhebt Jahresbeiträge, die spätestens bis zur Jahresmitte zu zahlen sind. Das Nähere regelt eine von der Mitgliederversammlung erlassene Beitragsordnung.

Die Jahresbeiträge und deren Zahlungsweise werden von der Mitgliederversammlung beschlossen, und zwar jeweils in der Weise, dass der für ein Geschäftsjahr beschlossene Beitrag zugleich als vorläufiger Beitrag für das nächste Geschäftsjahr gilt. Dabei werden vom Verband Normalbeiträge festgesetzt, die vervielfacht mit der Zahl der Mitglieder der Mitgliedsverbände deren Jahresbeiträge ergeben; es können dabei unterschiedliche Normalbeiträge für verschiedene Gruppen der Mitglieder der Mitgliedsverbände festgesetzt werden. Fördernde Mitglieder bezahlen einen Jahresbeitrag, dessen Höhe mit dem Vorstand zu vereinbaren ist. Die Mindesthöhe des Beitrages für fördernde Mitglieder setzt der Vorstand fest.

## **§ 9 WIRTSCHAFTSFÜHRUNG**

- (1) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr
- (2) Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

## **§ 10 ORGANE DES VERBANDES**

- (1) Organe des Verbandes sind
- a) die Mitgliederversammlung
  - b) das Präsidium
  - c) der Vorstand.

## **§ 11 MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Verbandes. Die Mitglieder des Verbandes sowie die Mitglieder seiner Mitgliedsverbände gem. § 3 (1) 1. sind zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung berechtigt.

- (2) Stimmberechtigt sind alle ordentlichen und fördernden Mitglieder des Verbandes (Mitgliedsverbände, natürliche sowie juristische Personen).
- (3) Natürliche Personen sowie fördernde Mitglieder in Form juristischer Personen haben eine Stimme. Mitgliedsverbände haben so viele Stimmen, wie sie an den Verband gemäß der von diesen festgesetzten Beiträgen für ihnen angehörige Mitglieder entrichtet haben. Das Stimmrecht der Mitglieder der Mitgliedsverbände wird durch deren satzungsgemäß bestimmte Vertreter oder von diesen bevollmächtigten Personen ausgeübt.
- (4) Jedes Mitglied kann sich unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht durch ein Mitglied vertreten lassen.
- (5) Das Stimmrecht kann nur von den Mitgliedern des Verbandes ausgeübt werden, die den Beitrag gemäß § 8 (1) entrichtet haben. Findet die Mitgliederversammlung vor dem letzten Fälligkeitstermin für die Zahlung der Beiträge statt, und sind diese noch nicht entrichtet, so kann ersatzweise auch eine Absichtserklärung für die Zahlung der Beiträge, aus der die Zahl der Einzelbeträge und die Gesamtsumme hervorgeht, vorgelegt werden.
- (6) Passives Wahlrecht haben nur natürliche Personen, die Mitglied des Verbandes oder eines seiner Mitgliedsverbände sind.

## **§ 12 AUFGABEN DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

- (1) Die Mitgliederversammlung bestimmt die Grundlinien der Verbandsarbeit.
- (2) Der Mitgliederversammlung obliegt, sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, insbesondere
1. die Entgegennahme von Tätigkeits-, Rechnungs- und Kassenbericht;
  2. die Entgegennahme des Berichtes der Rechnungs- und Kassenprüfer/innen;
  3. die Entlastung des Präsidiums und des Vorstandes;
  4. die Genehmigung des Haushaltsvoranschlages;
  5. die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages, soweit er nicht vom Vorstand mit fördernden Mitgliedern vereinbart worden ist oder wird;
  6. die Wahl der Mitglieder des Präsidiums soweit diese nicht geborene Mitglieder des Präsidiums sind;
  7. die Wahl von zwei Kassen- und Rechnungsprüfern/innen;
  8. die Beschlussfassung über Aufnahmeanträge juristischer Personen (mit Ausnahme fördernder Mitglieder) sowie Ausschlüsse von Mitgliedern (mit Ausnahme fördernder Mitglieder);
  9. die Genehmigung der Bildung und Auflösung von Gremien gemäß § 6 der Satzung (mit Ausnahme von Landesgruppen);
  10. die Beschlussfassung über den Anschluss an oder die Mitarbeit bei anderen berufsständischen Organisationen;
  11. die Beschlussfassung über die Aufnahme anderer berufsständischer Organisationen in den Verband, deren Mitglieder ganz oder teilweise die Voraussetzungen des § 2 (1) erfüllen;

- 12. die Beschlussfassung über Satzungsänderungen;
- 13. die Beschlussfassung über die Auflösung des Verbandes.

### **§ 13 EINBERUFUNG UND DURCHFÜHRUNG DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

- (1) Die Mitgliederversammlung wird von der/vom Vorsitzenden des Vorstandes, im Falle seiner Verhinderung von einer/einem stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet. Sie findet als ordentliche Mitgliederversammlung einmal im Jahr statt.
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder des Präsidiums oder 45 Prozent der Mitglieder dieses schriftlich beim Vorstand des Verbandes beantragen. Dabei zählen die Mitglieder der Mitgliedsverbände wie die Einzelmitglieder des Verbandes.
- (3) Die Mitgliederversammlung kann als Präsenzveranstaltung oder als virtuelle Mitgliederversammlung abgehalten werden. Eine Kombination von Präsenzveranstaltung und virtueller Mitgliederversammlung ist möglich, indem den Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet wird, an der Präsenzveranstaltung mittels Video- oder Telefonkonferenz teilzunehmen. Der Vorstand entscheidet über die Form der Mitgliederversammlung und teilt dies in der Einladung mit. Aus wichtigem Grund kann die Form, in Abstimmung mit dem Präsidium, kurzfristig geändert werden. Die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen erfolgen schriftlich. In der Einladung zur Präsenzveranstaltung sind Ort, Zeitpunkt und die Tagesordnung der Versammlung anzugeben. Lädt der Vorstand zu einer virtuellen Mitgliederversammlung ein, so teilt er den Mitgliedern spätestens 24 Stunden vor Beginn der Mitgliederversammlung per E-Mail die Einwahldaten für die Video- oder Telefonkonferenz mit. Zwischen dem Tag der Versendung der Einladung und dem Tag des Beginns der Mitgliederversammlung müssen mindestens 4 Wochen liegen. Anträge zur Ergänzung dieser Tagesordnung, sind mindestens 2 Wochen vor Beginn der Mitgliederversammlung schriftlich zu stellen. Hierüber wird in der Mitgliederversammlung gemäß § 14 (1) entschieden.
- (4) Gegenstände der Tagesordnung, die nicht unter Einhaltung der unter §13 (3) genannten Fristen bekannt gegeben worden sind, können nur mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder in die Tagesordnung aufgenommen werden. Eine Beschlussfassung über diese Tagesordnungspunkte kann ebenfalls nur mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder erfolgen. Eine Ausnahme hiervon ist der Antrag auf Einberufung einer neuen Mitgliederversammlung. Anträge zur Beschlussfassung müssen mindestens 2 Wochen vor dem in Aussicht genommenen Versammlungstage beim Vorstand schriftlich eingereicht werden.
- (5) Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von der/die vom Leiter/in der Versammlung und der/dem Geschäftsführer/in, bei dessen Verhinderung von einem weiteren Vorstandsmitglied, das an der Versammlung teilgenommen hat, zu unterzeichnen ist. Sie ist spätestens in der nächsten Mitgliederversammlung von den Mitgliedern zu genehmigen.

## **§ 14 BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BESCHLUSSFASSUNG**

(1) Jede Versammlung eines Organs des Verbandes ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen worden ist. Sie fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, es sei denn, dass diese Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes vorschreiben. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Sofern für Beschlussfassungen gem. § 18 und § 19 auf die Stimmen der Anwesenden abgestellt wird, gelten Stimmenthaltungen als nicht anwesend.

(2) Dasselbe gilt für Wahlen.

## **§ 15 PRÄSIDIUM**

(1) Das Präsidium besteht aus

- a) der/dem Präsidentin/Präsidenten als Vorsitzenden;
- b) der/dem stellvertretenden Vorsitzenden als 1. Vizepräsidentin/Vizepräsidenten
- c) der/dem Schatzmeister/in als weiterer/weiterem stellvertretenden Vorsitzenden und 2. Vizepräsidentin/Vizepräsidenten
- d) den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände
- e) den Vorsitzenden der Gremien gemäß § 6 (1) mit Ausnahme der Fachgruppen
- f) der/dem Bundesgeschäftsführer/in als geschäftsführendem Vorstandsmitglied.

(2) Die Mitglieder des Präsidiums nach (1) a) bis c) werden von der Mitgliederversammlung in geheimer Wahl auf drei Jahre gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig. Im Todesfall oder bei vorzeitigem Ausscheiden erfolgt eine Ersatzwahl durch die nächste Mitgliederversammlung. Die Amtszeit eines durch Ersatzwahl gewählten Mitgliedes endet mit der der verbleibenden, regulär gewählten Mitglieder. Nach Ablauf einer Wahlperiode bleiben die Mitglieder nach (1) a) bis c) bis zur Neuwahl im Amt.

(3) Das Präsidium tritt nach Bedarf zusammen. Es muss einberufen werden, wenn mindestens fünf seiner Mitglieder es verlangen.

(4) Die Tagesordnung für Sitzungen des Präsidiums soll seinen Mitgliedern zwei Wochen vor dem angesetzten Sitzungstermin zugeleitet werden.

(5) Das Präsidium beschließt mit Zweidrittelmehrheit.

(6) Das Präsidium hat die Aufgabe, in allen wichtigen Angelegenheiten des Verbandes zu beraten und zu beschließen, soweit dies nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten ist.



(7) Das Präsidium ist – abgesehen von der/vom Bundesgeschäftsführer/in – ehrenamtlich tätig.

## **§ 16 VORSTAND**

(1) Die/der Vorsitzende des Präsidiums als Vorsitzende/n des Vorstandes und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden bilden den Vorstand des Verbandes im Sinne des § 26 BGB.

(2) Je zwei Mitglieder des BGB-Vorstandes vertreten den Verband gemeinsam.

(3) Die/der Bundesgeschäftsführer/in gehört dem Vorstand als geschäftsführendes Vorstandsmitglied an.

(4) Der Vorstand bestellt die/den Bundesgeschäftsführer/in und beruft sie/ihn ab. Die/der Vorsitzende des Präsidiums und die/der Schatzmeister/in schließen mit der/dem Bundesgeschäftsführer/in deren/dessen Dienstvertrag ab. Bei Beschlüssen im Vorstand gemäß diesem Absatz wirkt die/der Bundesgeschäftsführer/in nicht mit.

(5) Der Vorstand ist – abgesehen von der/vom Bundesgeschäftsführer/in – ehrenamtlich tätig.

(6) Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Er muss einberufen werden, wenn mindestens drei seiner Mitglieder es verlangen.

(7) In Ausnahmefällen können Beschlüsse des Vorstandes auch auf dem Schriftwege herbeigeführt werden, soweit kein Mitglied des Vorstandes widerspricht. Als gültig gelten dabei nur die Stimmen, die innerhalb einer von der/vom Vorsitzenden gesetzten, angemessenen Frist abgegeben werden.

(8) Die Tagesordnung für Sitzungen des Vorstandes soll seinen Mitgliedern zwei Wochen vor dem angesetzten Termin zugeleitet werden.

(9) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind.

(10) Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(11) Der Vorstand kann mit Zustimmung des Präsidiums „Geschäftsbesorgungsverträge“ mit in der Zielsetzung nahestehenden Verbänden oder Landesverbänden des Verbandes abschließen. Der Mitgliederversammlung ist der Abschluss solcher Geschäftsbesorgungsverträge zur Kenntnis zu geben.

## **§ 17 BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER/IN UND BUNDESGESCHÄFTSSTELLE**

- (1) Die/der Bundesgeschäftsführer/in ist dem Vorstand verantwortlich und führt die Geschäfte des Verbandes gemäß dessen Satzung, den Beschlüssen der Organe und einer vom Vorstand erlassenen Geschäftsordnung.
- (2) Der Verband unterhält am Ort seines Sitzes eine Bundesgeschäftsstelle, die von der/vom Bundesgeschäftsführer/in geleitet wird. Deren/dessen Befugnisse im Rahmen ihrer/seiner Tätigkeit als Leitung der Bundesgeschäftsstelle werden im Innenverhältnis vom Vorstand bestimmt.
- (3) In allen sie/ihn persönlich betreffenden Angelegenheiten ist die/der Bundesgeschäftsführer/in im Vorstand nicht mitwirkungs- und stimmberechtigt.

## **§ 18 SATZUNGSÄNDERUNG**

Satzungsänderungen beschließt die Mitgliederversammlung (§12 (2) 12.).  
Änderungsvorschläge sind der Einladung zur Mitgliederversammlung im Wortlaut beizufügen.  
Eine Satzungsänderung bedarf der Zweidrittelmehrheit der anwesenden, satzungsgemäß stimmberechtigten Mitglieder.

## **§ 19 AUFLÖSUNG**

- (1) Über die Auflösung des Verbandes beschließt die Mitgliederversammlung (§ 12 (2) 13.). Ein dahingehender schriftlicher Antrag bedarf der Unterschrift von mindestens einem Drittel der satzungsgemäßen Stimmen der Mitgliedsverbände/Landesgruppen. Der Auflösungsantrag muss als besonderer Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung eingesetzt sein. In dieser Mitgliederversammlung muss mindestens die Hälfte der satzungsgemäßen Stimmberechtigungen anwesend sein bzw. ihr Stimmrecht ausüben. Bei Beschlussunfähigkeit darf die nächste Mitgliederversammlung, in der über den Auflösungsantrag entschieden werden soll, frühestens nach zwei Monaten stattfinden. Diese Mitgliederversammlung ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden, satzungsgemäßen und den Umfang der vertretenen Stimmberechtigungen beschlussfähig.
- (2) Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmen (§ 11 (3)) der anwesenden und vertretenen satzungsgemäßen Stimmberechtigungen.

## **§ 20 LIQUIDATION**

- (1) Im Falle der Auflösung sind die zuletzt gewählten BGB-Vorstandsmitglieder auch Liquidatoren des Verbandes bei gleichbleibender Vertretungsberechtigung gemäß § 15 (4).
- (2) Über die Verwendung des Verbandsvermögens beschließt die Mitgliederversammlung, jedoch darf das Vermögen nur zu steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden.

Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Liquidationsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

## **§ 21 DATENSCHUTZ**

Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Verbandes werden unter Beachtung der Vorgaben der EU – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten verarbeitet.

Die Erfüllung der aktuellen Gesetze wird durch eine durch den Vorstand verabschiedete Richtlinie sichergestellt.